

# Koalition drückt bei der Jagdreform aufs Tempo

**REGIERUNG** Gesetz soll kommende Woche verabschiedet werden

VON HILMAR RIEMENSCHNEIDER

**Düsseldorf.** Einen Monat früher als geplant soll der Landtag das heftig umstrittene Jagdgesetz offenbar schon in der kommenden Woche beschließen. Wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am Dienstag aus den Koalitionsfraktionen erfuhr, soll der Umweltausschuss am heutigen Mittwoch bereits über den rot-grünen Gesetzentwurf abstimmen. SPD und Grüne verhandelten hinter den Kulissen über letzte Anpassungen. Streitpunkte sind unter anderem die Wiedereinführung der Jagdsteuer, die Ausbildung von Jagdhunden und die Liste jagdbarer Tiere.

Es gebe keinen Grund, noch länger zu warten, hieß es aus den Koalitionsfraktionen. Das von den Jägern massiv bekämpfte Gesetz soll zügig durch das Parlament. Allerdings verhandelten SPD und Grünen intensiv, weil sich beide Seiten über die letzten Änderungen noch nicht einig waren. SPD-Fraktions-

vize Jochen Ott hatte den Jägern bei ihrer Demonstration vor vier Wochen in Düsseldorf Entgegenkommen zugesagt. Doch eine am Morgen erzielte Einigung in der Koalition war mittags nach den Fraktionssitzungen wieder offen.

Als sicher galt, dass die SPD auf die Wiedereinführung der Jagdsteuer verzichtet. Die Grünen würden das vermutlich mittragen. „Wir wollen fachlich ein gutes Jagdgesetz haben“, hieß es aus der Fraktionsspitze. Die Steuer ist Teil eines Gesamtpaketes, über das die Koalitionsvertreter verhandelten. Dazu gehört auch das vorgesehene Verbot der Baujagd auf Füchse. Die Grünen lehnen diese Form der Jagd ab, die SPD will sie nicht verbieten.

Für den Fall, dass SPD und Grüne sich bis zum heutigen Mittwoch nicht geeinigt haben, wollen sie das Ergebnis in einen Änderungsantrag fassen, den der Landtag dann Mitte nächster Woche mit dem Gesetz verabschieden kann. Den Koalitionären ist klar: Danach wird der Landesjagdverband gegen das Gesetz klagen, weil er das von der Verfassung geschützte Eigentumsrecht verletzt sieht.